

109-4/182

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI  
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Doko

Č.

Přílohy

109-4/182

19 listů

19 listů

3.3.2009 Jan,

ST S

IV. B - 74/41.

Prag, den 30. September 1941.

1) V e r m e r k .

Nach den Mitteilungen von Minister Völckers war der Reichsprotector am 5.d.Mts. bei Staatspräsidenten Hácha. Es habe sich um einen privaten Besuch gehandelt. Hierzu bemerkt W-Gruppenführer Frank, dass ihm der Reichsprotector nach der Rückkehr vom Besuch bei Hácha mitgeteilt habe, dass er diesen im Laufe der Unterhaltung erneut auf die Untätigkeit der Regierung und ihres Vorsitzenden hingewiesen habe. Am 18.d.Mts. war Hácha bei dem Reichsprotector. Über den Verlauf der Unterredung ist eine Niederschrift gefertigt worden.

2) Sofort auf den Tisch!

K.H. mit diesem Vermerk und 1 Anlage

W-Obersturmbannführer Geschke

wunschgemäss zugeleitet.

Die Niederschrift ist mit der Bitte um Rückgabe angeschlossen.

Heil Hitler!

~~.....~~  
W-Obersturmbannführer.

44 Obersturmführer A. Jas  
auf Rückgabe von  
mit Kennzeichnung persönlich  
gekauft.

*[Signature]*  
1.10.41.

*[Signature]*  
s. d. d.  
/ St. S. IV 4-74/41

940 II  
2

Prag, den 19. September 1941.

1/ Nr. Rpr. 1051 / 41.

*Verfugung der Gen. Weiskopf*  
*H. S.*  
*H. S.*  
*20/9*

abgefertigt am <u>20/9/41</u>
mit <u>6</u> Anlagen, durch <u>Ha</u>

Staatspräsident Hácha hat gestern die in den Anlagen enthaltenen Beschwerden bei mir zur Sprache gebracht. Ich habe ihm dazu folgendes bemerkt :

1.) Die internierten Studenten.

Die Frage der Freilassung würde von mir erneut in Berlin vorgebracht werden.

2.) Die Internierten in den Konzentrationslagern.

Dazu habe ich erklärt, die Freilassung der Geiseln bei dem Tauscher Vorfall würde von mir gleichfalls betrieben werden. Dagegen könne von einer Freilassung der politischen Gefangenen für die Kriegsdauer keine Rede sein.

3.) Das tschechische Schulwesen.

Hierzu habe ich dem Staatspräsidenten anheimgestellt, die Einzelfälle, in denen nach Ansicht der Protektoratsregierung besondere Härten durch die Beschränkung der Zahl der Schüler auf 40 eingetreten seien, hier vorzubringen, sie würden sodann geprüft werden.

4.) Die tschechischen Kliniken im Allgemeinen Krankenhaus in Prag.

Hierzu habe ich bemerkt, die deutschen Kliniken seien

von

*2/ 302*

von der tschechoslowakischen Regierung in einer Weise vernachlässigt worden, dass hier dafür kein Ausdruck scharf genug sei. Es sei ein absoluter Skandal gewesen, in welchem Zustand diese Kliniken sich befunden hätten. Dagegen seien die tschechischen Kliniken zum Teil ganz neu gebaut und sehr gut ausgestattet worden. Es sei nur natürlich, dass wir jetzt die deutschen Kliniken in Ordnung bringen und sie entsprechend unseren Bedürfnissen ausbauen würden. Dies müsse aus denselben Fonds geschehen, aus denen bisher auch die tschechischen Krankenhäuser unterhalten worden seien. Über die Einzelheiten der zur Sprache gebrachten Beschwerden könne ich mich nicht Äussern

5.) Innere Amtssprache.

Ich erklärte dem Staatspräsidenten, diese Frage sei bereits durch eine schriftliche Mitteilung erledigt. Im übrigen seien wir selbstverständlich bereit, vor Erlass von solchen Maßnahmen die Protektoratsregierung zu hören, insoweit dadurch nicht eine untragbare Verzögerung erfolge.

6.) "Zivnostenská banka" (Gewerbebank.)

Dazu erklärte ich, von den Vorfällen sei mir nichts bekannt. Wenn in der Bank Verhaftungen von Beamten vorgenommen worden seien, so dürften diese vermutlich ihren Grund in einer illegalen Betätigung der betreffenden Beamten haben. Die von Herrn Hácha ausgesprochene Vermutung, dass wir durch fortlaufende Verhaftungen von Beamten der Bank diese selbst allmählich lahm legen wollten, habe ich zurückgewiesen.

Bei



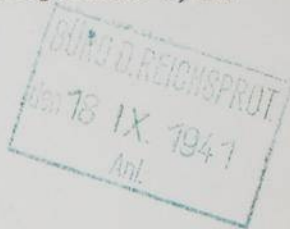
Bei der Besprechung kam ferner die schwierige Ernährungslage zur Sprache, wobei ich den Staatspräsidenten wiederum darauf hinwies, dass ich noch immer die Inaktivität der Regierung bemängeln müsse.

Ausserdem brachte ich auch das Verhalten der Protektoratsregierung gegenüber den Journalisten, die im Sinne der von ihm selbst eingeleiteten Politik auf die Öffentlichkeit einzuwirken versuchten, zur Sprache. Eine von mir an den Ministerpräsidenten gerichtete Mahnung sei von diesem in einer Weise beantwortet worden, dass ich entweder annehmen müsse, er hätte meinen Brief nicht verstehen wollen, oder er verstehe die ganze Situation überhaupt nicht. Beides sei gleich schlimm. Der Staatspräsident bewegte sich im übrigen in denselben Gedankengängen wie Herr Eliás.

gez. Frhr. von Neurath.

KANZLEI  
DES STAATSPRÄSIDENTEN

Prag am 17. September 1941.



Sehr geehrter Herr Gesandter !

Unserer Verabredung gemäss beehre ich mich zur vertraulichen Information die Aufzeichnungen betreffend die Angelegenheiten zu übersenden, welche der Herr Staatspräsident Seiner Exzellenz dem Herrn Reichsprotektor bei seinem morgigen Besuche vorzubringen beabsichtigt.

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr ergebener

*ymy*  
*L Popelna*

*6 Beilagen*

Herr Gesandter Dr. Hans H. V ö l c k e r s,  
Kabinettschef des Reichsprotektors in  
Böhmen und Mähren,  
P r a g.

Vom Staatspräsidenten H. H. H. an den Reichspräsidenten  
übergeben. 18-9-'41

Ich komme zu Eurer Exzellenz, um Ihre Aufmerksamkeit abermals auf einige Angelegenheiten zu lenken, in welchen ich mich bereits früher wiederholt an Sie gewendet habe. Ich weiss, dass ich bei Ihnen auch diesmal wieder Verständnis und Entgegenkommen finden werde. Es fällt mir wahrhaftig nicht leicht, Eure Exzellenz immer wieder mit denselben Beschwerden und Anliegen in Anspruch zu nehmen, aber meine Lage, die sich angesichts der Entwicklung der Verhältnisse immer schwieriger gestaltet, zwingt mich dazu. Es handelt sich nicht um meine Person - die ist Nebensache - es handelt sich um das Vertrauen, das ich bis heute bei meinem Volke genieße und an dessen Erhaltung meiner Ueberzeugung nach nicht zuletzt auch das Reich ein Interesse hat. Eine der Voraussetzungen ungestörter Arbeit unseres Volkes im Rahmen des Grossdeutschen Reiches ist das Bewusstsein, dass, wenn das tschechische Volk im Interesse der Kriegführung Opfer bringt, sein nationales und kulturelles Eigenleben nicht angetastet werden wird. Solange es überzeugt ist, dass ich ihm dies zu garantieren vermag, hält es meine Stellung als Oberhaupt des Volkes für gerechtfertigt. Im entgegengesetzten Falle muss mein Einfluss schwinden und damit auch die Möglichkeit, ihn wie bisher im Interesse eines einträchtigen Zusammenwirkens mit dem Reiche geltend zu machen. Weite Kreise der Bevölkerung sind bereit und imstande, grosse Opfer für das Ganze auf sich zu nehmen, wenn sie die Ueberzeugung haben, dass es sich um Dinge handelt, die wirklich unvermeidlich sind. Sie ertragen geduldig eine ganze Reihe derartiger Opfer, die der Krieg notwendig macht,

insbesondere auf dem Gebiete der Ernährung, der Bekleidung, der Wohnungsverhältnisse, des Verkehrswesens usw. Sie sind sich dessen bewusst, dass viele dieser Sorgen durch die grosse Uebervölkerung gesteigert werden, welche in den böhmischen Ländern im Zusammenhange mit den Ereignissen der letzten Jahre und nicht in letzter Reihe im Gefolge des Krieges eingetreten ist. Ueber die Ernährungssorgen wird die Regierung Eurer Exzellenz einen besonderen Bericht erstatten. Ich halte diesen Bericht für sehr ernst und bitte Eure Exzellenz, ihm besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Arbeitsleistung der Bevölkerung hält sich gleichwohl auf aner kennenswerter Höhe, und die Versuche des feindlichen Auslandes, aus diesen Sorgen des Volkes Kapital zu schlagen, gehen -von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen- fehl.

Wenn in der Bevölkerung eine gewisse Nervosität und Angst vor der nahen Zukunft zu beobachten sind, hat dies andere Gründe. Es mehren sich nämlich in der letzten Zeit die Anzeichen dafür, dass die Reichsorgane in Sphären einzugreifen beabsichtigen, welche keineswegs mit den Kriegsverhältnissen zusammenhängen. Diese Eingriffe rufen den Eindruck hervor, dass möglicherweise eine allmähliche Liquidierung des Eigenlebens unseres Volkes geplant ist.

Unter den angeführten Umständen bin ich zu der immer dringenderen Bitte genötigt, die Reichsorgane mögen von allem Abstand nehmen, was geeignet ist, die Bevölkerung über das wirklich notwendige Mass hinaus in Unruhe zu versetzen, und mögen mich und meine Regierung bei unseren auf die Beruhigung des Volkes abzielenden Bestrebungen unterstützen. Aus allen Volksschichten

4

höre ich ständig Bitten und Beschwerden, die sich gegen verschiedene Massnahmen der Reichsorgane wenden und mir zeigen, dass unter dem Einfluss dieser Massnahmen das so notwendige Vertrauen zu mir und meiner Regierung in zunehmendem Masse leidet. Es muss sich mir die Besorgnis aufdrängen, dass, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, die Verhältnisse im Protektorate Wege einschlagen könnten, die keinem Vernünftigen erwünscht wären. Ich komme mit diesen meinen Sorgen zu Eurer Exzellenz und möchte mir erlauben, einige Angelegenheiten grundsätzlicher Art, die ich für besonders wichtig halte, aufs neue und dringendst Ihrer Aufmerksamkeit zu empfehlen.

15115

### Die internierten Studenten.

Bei meiner Vorsprache am 27. Juni l. J. wies ich auf die besondere Bedeutung der Angelegenheit der internierten Hochschüler hin. Die günstige Lösung dieser Frage durch die Entlassung aller noch internierten Studenten -insoweit einzelne nicht etwa eine persönliche Schuld trifft- geht nicht nur die Internierten und ihre Eltern an, sondern ist von weit grösserer Tragweite für die ganze tschechische Oeffentlichkeit.

Es handelt sich um junge Leute, die sich in den Arbeitsprozess gut einschalten und ihren Eltern in der schweren Kriegszeit behilflich sein könnten. Weiters wurde bereits früher eine grössere Zahl dieser Hochschüler entlassen, und die Eltern sowie die breiteren Kreise konnten mit Recht erwarten, dass auch die übrigen Studenten bald zurückkehren werden. Wenn die frühere Entlassung mit grosser Genugtuung aufgenommen wurde, so muss jetzt wiederum die Verlängerung der Internierung von noch mehr als 500 Studenten notwendigerweise den Kummer und die Sorgen der Eltern erhöhen und die Oeffentlichkeit beunruhigen. Denn die Gründe der Internierung waren ja bei den bereits Entlassenen wie bei den noch Internierten dieselben, und die Einstellung der Entlassungen muss unbegreiflich erscheinen, wenn weder die Studenten noch die Eltern Anlass zu einer neuen ungünstigen Massnahme gegeben haben.

Im November dieses Jahres wird es bereits zwei Jahre her sein, dass sich diese jungen Leute in Konzentrationslagern befinden. Die letzte Gruppe von 200 Studenten kam nach den letzten

Weihnachten im Jänner d.J. nach Hause zurück. An den erwähnten Jahrestag oder wenigstens an die Weihnachtsfeiertage knüpfen die Eltern ihre Hoffnung, dass sie als Anlass für die Entlassung ihrer Kinder dienen werden.

Ich bitte nochmals dringend, die Frage der internierten Studenten neuerlich in Erwägung zu ziehen und durch ihre Entlassung eine Angelegenheit zu liquidieren, die im Laufe der Zeit ein dauernder Schmerz der tschechischen Öffentlichkeit geworden ist.

15110

Die Internierten in den Konzentrationslagern.

Der Umstand, dass in diesen Tagen zwei Jahre seit der ersten Masseninternierung von Tschechen in den Konzentrationslagern im Reiche verfloßen sind, veranlasst mich, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf diese meine schwere Sorge zu lenken. Ich wiederhole von neuem meine so oft schon vorgebrachte Bitte um Entlassung der ohne konkretes Verschulden verhafteten Personen, da nach meiner Ansicht und nach der Ansicht unserer Oeffentlichkeit der Zweck dieser Sicherstellung schon längst erreicht wurde.

Von diesen Fällen will ich namentlich den Tauscher Vorfall erwähnen, der mich besonders empfindlich berührt. Eure Exzellenz erinnern sich wohl von meinen wiederholten Schilderungen her dieser Angelegenheit; als Vergeltung für die Flucht eines Delinquenten wurden am 24. März 1940 und später 145 tschechische Personen verhaftet, von denen sich 87 bis heute im Konzentrationslager Flossenbürg befinden. In den ersten fünf Monaten genossen sie den Vorzug einer sogenannten Ehrenhaft, welche Begünstigung dann abgeschafft wurde. Da sich unter diesen Internierten viele ältere Personen in schlechtem Gesundheitszustand befinden, bitte ich diese Leute, die sich schon so lange in Gewahrsam befinden, auf freien Fuß zu setzen. Es ist für mich schwer, gegenüber den sich wiederholenden Interventionen die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes zu rechtfertigen.

Das tschechische Schulwesen.

Ich benütze diese Gelegenheit, um für das Schreiben Eurer Exzellenz vom 29. August l.J. betreffend die Schulangelegenheiten meinen Dank auszusprechen.

Ich danke auch für die inzwischen getroffene Entscheidung, wonach eine Anzahl neuer tschechischer Schulen fachlicher Richtung errichtet werden kann.

Ihre Stellungnahme in der Angelegenheit der Bürgerschulen habe ich mit Genugtuung entgegengenommen. Das Schulministerium wird nach Ihrer Zustimmung Vorschläge zur Errichtung neuer Bürgerschulen, wo dafür alle Bedingungen gegeben sind, vorlegen, und ich bitte also nur, diese Vorschläge günstig beurteilen zu wollen. Ich bin bezüglich der Bedeutung dieser Schulen als Vorbereitungsstufe für die Fachschulen keineswegs anderer Meinung als Eure Exzellenz. Wenn ich den Bedarf an Untermittelschulen in dieser Hinsicht betonte, dachte ich an den gegebenen Stand der Bürgerschulen und an die neulich durchgeführte Regelung. In dem bisherigen Umfang würden die Bürgerschulen ihre Aufgabe als Vorbereitung für die Fachschulen nicht in genügendem Masse erfüllen. Die Vermehrung dieser Schulen wird allerdings zu der Ueberleitung der Schüler in praktische Berufe beitragen.

Gleichwohl tut es mir leid, dass Eure Exzellenz Ihren Standpunkt in der Frage der Zahl der in die erste Klasse der Mittelschulen aufzunehmenden Schüler nicht im Sinne meiner Bitte ändern konnten. Es sind mir jetzt Nachrichten über den

12

Verlauf der Einschreibungen und über den Widerhall, den der Ausgang derselben in allen Schichten der tschechischen Oeffentlichkeit hervorgerufen hat, zugekommen. Die ausnahmslose Beschränkung der Zahl der Schüler auf 40 stellt eine so tiefgreifende und geradlinige Massnahme dar, dass sie im Verhältnis zwischen einzelnen Städten und Schulen vielfach zu Ungerechtigkeiten und scharfen Gegensätzen führen musste. Dank der Disziplin des tschechischen Volkes verliefen die ersten Tage des neuen Schuljahres ohne jegliche Ruhestörungen. Ich kann aber nicht verheimlichen, dass es in der jetzigen schweren Zeit der günstigen Entwicklung des Reichsgedankens nicht förderlich sein kann, wenn im Volke auf dem Gebiete des Kulturlebens, auf dem ihm die Selbstverwaltung garantiert wurde, Enttäuschung und Aufregung hervorgerufen werden. Auch das Vertrauen der breiten Schichten zu meiner Person muss dieser Vorgang zwangsläufig berühren. Ich wäre ausserordentlich dankbar, wenn Eure Exzellenz die Frage in diesem Lichte nochmals in Erwägung ziehen wollten.

Das Schulministerium wird auf Grund seines Zahlenmaterials einen Vorschlag betreffend die Ueberprüfung der Frage der Parallelzüge oder wenigstens einer nachträglichen Erhöhung der Schülerzahl in einigen Anstalten vorlegen, um die härtesten Folgen der neuen Regelung zu mildern. Ich bitte dringend, diesem Vorschlage Aufmerksamkeit widmen und ihn günstig erledigen zu wollen.

Die tschechischen Kliniken im Allgemeinen Krankenhause  
in Prag.

Ich halte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Frage der tschechischen Kliniken, die im Allgemeinen Krankenhause in Prag untergebracht sind, zu lenken. Der Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung wandte sich in dieser Angelegenheit an Eure Exzellenz bereits durch Vermittlung des Ministerrats mit dessen Zuschrift vom 24. Juli 1941, Nr. 34206/41 M.R..

Zu der Schilderung der Rechtslage, wie sie der Minister in seiner Zuschrift vorgetragen hat, kann ich folgendes hinzufügen:

Sowohl die deutschen, als auch die tschechischen Kliniken waren seit jeher schon unter Oesterreich - bis auf vereinzelte Ausnahmen - in den Gebäuden des Prager Allgemeinen Krankenhause /des Prager Krankenhausfondes/ untergebracht. Es handelte sich um eine Art Mietverhältnis, das auf Grund eines Abkommens zwischen der damaligen staatlichen Schulverwaltung und der Gesundheitsverwaltung zustande kam. Das Schulministerium zahlte für diesen Vorteil einen Pauschalbetrag. Nach der Uebernahme der deutschen Hochschulen in Prag durch die reichsdeutsche Schulverwaltung /R.G.B.L.I, S.1371/ wurde die Zahlung der Hälfte dieses Beitrages Sache der reichsdeutschen Schulverwaltung.

Die deutsche medizinische Fakultät in Prag /Dekan Prof. Dr Rühl/ arbeitet auf die Unterbringung einzelner deutscher Kliniken in Gebäuden hin, in denen früher tschechische Kliniken untergebracht waren. Die diesbezüglichen Massnahmen werden bereits mündlich angeordnet, obzwar Eure Exzellenz bisher Ihren Standpunkt zu den in dem erwähnten Schreiben der Protektoratsregierung enthaltenen Ausführungen nicht bekanntgegeben haben. Das Streben nach Beschaffung einer besseren Unterkunft für die deutschen Kliniken ist begreiflich. Die Unterbringung der Kliniken im Prager Allgemeinen Krankenhause entsprach nicht mehr den neuzeitlichen Anforderungen. Das galt aber in gleichem Masse auch von den tschechischen Kliniken. Aus diesen Gründen wurde bereits vor dem Jahre 1939 ein Rekonstruktionsprogramm für das Prager Allgemeine Krankenhaus mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kliniken aus-

gearbeitet, wobei der Besitzstand der deutschen Kliniken nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werden sollte. Dieses Programm konnte allerdings nicht verwirklicht werden.

Bei dem jetzigen Vorgehen der Deutschen medizinischen Fakultät wird jedoch über die Gebäude des Prager Krankenhausfondes so verfügt, als ob dieselben im Eigentum der Fakultät wären. Gleichzeitig jedoch wird dem Krankenhausfonde aufgetragen, die Zahlung der gesamten Adaptationsausgaben, die in die Millionen gehen, zu übernehmen. Bis zum heutigen Tage kam es bereits zu folgenden Massnahmen:

1./ Es wurde der Austausch der ehemaligen tschechischen Ohrenklinik für die Räume der deutschen Ohrenklinik vollzogen.

2./ Die Gebäude der ehemaligen tschechischen Kliniken für Chirurgie, Propädeutik und Dermatologie, welche heute provisorisch von dem SS-Lazarett, welches jedoch in das Sanatorium in Podol übersiedeln soll, benützt werden, werden kategorisch für die Zwecke der deutschen Kliniken angefordert. Der Dekan der Deutschen medizinischen Fakultät und der Landesvizepräsident von Böhmen haben die Durchführung dieses Planes und die Vornahme von Adaptationen, die einen Aufwand von einigen Millionen erfordern, zu Lasten des Krankenhauses angeordnet.

3./ Die Landesbehörde hat ferner die Vorbereitung der Restriktion der tschechischen Augenheilabteilung um 52 Betten mit den dazu gehörigen Nebenräumen zugunsten der deutschen internen Klinik verfügt.

Die tschechischen Kliniken sind in der Zeit der Suspendierung der tschechischen Hochschulen einfache Krankenhausaufteilungen, und ihre Aufgaben im gesamten Krankendienst der Stadt Prag verdienen eine besondere Rücksichtnahme. Das Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung, in dessen Wirkungsbereich die gesamte Tätigkeit des Prager Allgemeinen Krankenhauses fällt und welchem auch die Verfügung über den Baufond dieses Krankenhauses im Einvernehmen mit dem Schulministerium zusteht, beurteilt die Frage der Kliniken sachlich von einem allgemeinen Gesichtspunkte aus und unter voller Berücksichtigung der deutschen Kliniken. Der Dekan der Deutschen medizinischen Fakultät Prof. Dr Rühl wurde zwar mit der kommissarischen Leitung der tschechischen medizinischen Fakultät betraut, diese Betrauung schliesst jedoch sicher-

15

lich keineswegs Dispositionen in sich, welche die Aufgaben und die Tätigkeit des ganzen Krankenhauses betreffen.

Ich bitte daher, Eure Exzellenz wolle dieser Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und eine Entscheidung herbeiführen, welche sowohl nach der verwaltungsrechtlichen Seite hin, als auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Prager Allgemeinen Krankenhauses die Stellung der tschechischen Kliniken einer gerechten Lösung zuführen würde.

*Handwritten text in blue ink, mostly illegible due to fading and bleed-through. It appears to be a continuation of the letter's content or a separate note.*

18181

18181

Innere Amtssprache.  
-----

Es mehren sich die Fälle, wo im Gegensatze zu den seinerzeit seitens der Regierung im Einvernehmen mit dem Reichsprotector getroffenen Dispositionen die deutsche Sprache via facti als innere Amtssprache eingeführt wird. /Beispiele: Regierungskommissäre deutscher Nationalität in tschechischen Gemeinden, Primator-Stellvertreter von Prag, Postpräsident Dr. Herzog in Brünn usw./ Derartige Massnahmen bestehen darin, dass Zuschriften an tschechische Parteien deutsch oder deutsch-tschechisch verfasst werden, dass mit anderen Protectoratsbehörden deutsch korrespondiert wird, dass tschechische Zuschriften derselben unerledigt bleiben etc. Diese Praxis wird von dem Grundsatz abgeleitet, dass im Protectorate, das einen Bestandteil des Grossdeutschen Reiches bildet, die deutsche Sprache immer und von jedermann in Anwendung gebracht werden darf. Dieser Grundsatz wird auch auf deutsche Beamten angewendet. Dabei wird er in der Weise erweitert, dass man, wenn ein Deutscher Vorgesetzter einer Amtsstelle ist, ihn für berechtigt hält, für die gesamte Amtsstelle die deutsche Amtierung einzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob die ihm nachgeordneten Beamten die deutsche oder die tschechische Volkszugehörigkeit besitzen.

Meiner Ansicht nach setzt sich ein Sprachenregime, bei welchem über den Sprachengebrauch die Nationalität des Amtsreferenten, ja sogar des Leiters einer Behörde entscheidet, dem

197

Vorwürfe aus, dass es administrativ unmöglich und politisch äusserst ungerecht ist. In einem Volksstaate soll für die Sprachenpraxis in erster Reihe das Bedürfnis der Bevölkerung, an zweiter Stelle sodann das Bedürfnis einer gut organisierten Verwaltung massgebend sein. Der Beamte hat bloss die Aufgabe, diesen zwei Bedürfnissen zu dienen, seine Person ist für die in Rede stehende Frage völlig irrelevant.

Ich wäre glücklich, wenn diese meine Ueberzeugung das volle Verständnis Eurer Exzellenz finden würde, und wenn ich die Möglichkeit hätte, bei allen Massnahmen sowohl normativen, als auch administrativen Charakters, welche Ihre Behörde in dieser Richtung entweder selbst zu treffen oder der Protektoratsregierung zu empfehlen beabsichtigt, regelmässig vorher gehört zu werden.

18185

" Živnostenská banka " /Gewerbebank/ .

Die tschechische Oeffentlichkeit ist in der letzten Zeit wegen der fortgesetzten Verhaftungen von Beamten der "Živnostenská banka" /Gewerbebank/ beunruhigt, welche in kleineren Zeitabständen nunmehr seit mehr als 6 Monaten andauern; diese Beunruhigung zeigt sich nicht nur in Prag, sondern verbreitete sich infolge übertriebener Gerüchte auch in der Provinz. Das intensive Interesse des tschechischen Publikums an der Gewerbebank lässt sich dadurch erklären, dass 1,325.000 Aktien dieses grössten tschechischen Geldinstitutes, das im Jahre 1868 gegründet wurde, in den breiten tschechischen Volksschichten verstreut sind; sie werden vielfach von Generation zu Generation vererbt und geniessen beim Volke den Ruf pupillarsicherer Werte. Ferner ist zu erwägen, dass die Bank, was die arischen Bucheinlagen anbelangt, ein ihr anvertrautes Vermögen von über 2 Milliarden Kronen verwaltet, wobei es sich gerade um kleinere Einlagen handelt, mit einem Durchschnitt von K 15.840'98 per Einlage bei einer Gesamtzahl von 124.711 Einlagsbüchern. Ausserdem wirkt die Bank in Prag und in der Provinz als Kreditgeber für zahlreiche Gewerbetreibende, und ihr schriftlicher Verkehr mit der grösstenteils mittleren und kleineren Kundschaft hat allein in der Prager Centrale einen Umfang von oca. 120.000 Schriftstücken monatlich.

Die Beunruhigung, welche in den breiten Kreisen der Aktionäre, der Einleger und sonstiger Kommittenten dieser führenden Handelsbank des Protektorates durch die über 6 Monate andauernden

Verhaftungen verursacht wurde, ist nicht geeignet, die wirtschaftliche Arbeit, die gerade in der gegenwärtigen Zeit des Einsatzes aller Kräfte und der Ruhe bedarf, zu fördern.

Die Beamtenschaft der genannten Bank, welche es bisher verstanden hatte, durch erhöhte Anspannung ihrer Kräfte eingearbeitete Leute, welche infolge der Verhaftungen ausschieden, zu ersetzen, kann ihre Leistungsfähigkeit gleichfalls nur in einer ruhigen Atmosphäre auf der heute erforderlichen Höhe erhalten. Auch aus diesem Grunde ist es wünschenswert, dass die ganze Angelegenheit schnellstens einen Abschluss findet.

15130

